

Pluralismus in der Kirche

Der Münchener Katholikentag war mit seinem facettenreichen Erscheinungsbild ein erneutes Zeichen für die Vielfalt der kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Positionen der deutschen Katholiken von heute. Manche Beobachter und Teilnehmer empfanden dies als verwirrend. Sie erwarteten mehr Einheit und Geschlossenheit, und zwar nicht nur im innerkirchlichen Bereich, sondern auch in der Stellung zu den gesellschaftlichen und politischen Problemen unserer Zeit.

Solche Erwartungen orientieren sich nicht zuletzt an der konkreten Gestalt des deutschen Katholizismus, die sich im Lauf des 19. Jahrhunderts herausbildete. Damals ging es zuerst um die Emanzipation aus der staatskirchlichen Bevormundung, also um die Freiheit der Kirche, dann um die Gleichberechtigung im deutschen Reich von 1871, in dem sich die Katholiken als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlten. Diese Ziele ließen sich nur erreichen, wenn sich die deutschen Katholiken als geschlossene Gruppe formierten und in allen wichtigen Fragen von Gesellschaft und Politik gemeinsam zu handeln suchten. Auf diesem Hintergrund entstand der soziale und politische Katholizismus, hauptsächlich getragen von den Laienverbänden und in seiner dichten Organisationsstruktur wohl einzig in der damaligen katholischen Welt.

Diese Situation hat sich tiefgreifend geändert. Der Staat versteht sich heute als weltanschaulich pluralistischer Staat und läßt allen Gruppen Entfaltungsraum. Die Freiheit der Kirche ist gesichert, ebenfalls die Gleichberechtigung der Katholiken. Damit hat der organisierte Katholizismus seine wesentlichen Ziele erreicht.

Auf der anderen Seite gewann auch die Kirche größere Klarheit über ihre Zuständigkeit. Den vorläufigen Schlußpunkt dieses Reflexionsprozesses bildet das Zweite Vatikanische Konzil: Die Kompetenz der Kirche bezieht sich „nicht auf den politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich“. Der christliche Glaube und seine sittlichen Normen enthalten keine Handlungsanweisungen für die Lösung der konkreten Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn sich einzelne Katholiken, katholische Verbände oder Amtsträger zu solchen Problemen äußern, gelten ihre Stellungnahmen soviel wie ihr Sachverstand und wie die Argumente, die sie beibringen. Die Autorität des christlichen Glaubens oder eines kirchlichen Amtes kann dafür nicht in Anspruch genommen werden. Deswegen spricht das Konzil ausdrücklich davon, daß Meinungsverschiedenheiten in diesen Bereichen unter Katholiken nicht nur möglich, sondern legitim sind.

Die Entwicklung zur derzeitigen Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Positionen der deutschen Katholiken ist daher nichts Außergewöhnliches. Soweit in der Vergangenheit von einer Geschlossenheit gesprochen werden konnte, hatte

sie ihren Ursprung nur insoweit in der Gemeinsamkeit des Glaubens, als dessen Freiheit bedroht war. Auf allen übrigen Gebieten war eine solche Einheit von Faktoren bestimmt, die nicht unmittelbar im christlichen Glauben gründeten und sich in keinem Fall als zwingende Konsequenz aus ihm ergaben.

Dennoch scheint nach wie vor die Einheit von Glaube und politischem Handeln bei vielen als Ideal zu gelten, wenn auch oft unter entgegengesetzten Vorzeichen. So kritisierten manche Kommentatoren den Katholikentag wegen der Unverbindlichkeit, mit der sich die Gruppen und Meinungen nebeneinander präsentierten. Darüber hinaus wird immer wieder die Forderung laut, die deutschen Katholiken oder wenigstens der organisierte Laienkatholizismus sollten zu den drängenden Problemen der Zeit wie Abrüstung, Arbeitslosigkeit oder Umweltpolitik klare Positionen erarbeiten. Auch von kirchenamtlicher Seite gibt es gelegentlich Versuche, eine einheitliche Stellung der Katholiken zu erreichen, so etwa in der Familienpolitik oder im Abtreibungsstrafrecht.

Alle diese Versuche müssen jedoch scheitern. Aus den Grundsätzen des Glaubens ergeben sich keine eindeutigen Lösungen für die Probleme im Bereich von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Der Friede, das Leben sind höchste Güter, für den Christen in Gott selbst begründet und damit jeden unbedingt verpflichtend. Wie jedoch der Friede in der jeweiligen Situation am besten zu sichern ist, mit welchen Gesetzen der Staat das Leben schützen soll, das sind Fragen, auf die der christliche Glaube keine Antworten gibt. Sie müssen jeweils nach bestem Wissen und Gewissen gelöst werden. Das kirchliche Amt überschritte seine Kompetenz, wenn es bestimmte Lösungen den Katholiken bindend auferlegen wollte. Dasselbe gilt von jedem einzelnen und jeder Gruppe, sobald sie bestimmte Forderungen als notwendige, allgemein verpflichtende Konsequenzen des Evangeliums bezeichnen, ein Verhalten, das man heute besonders deutlich in der Diskussion um Frieden und Abrüstung beobachten kann.

Bei der Kompliziertheit und Vielschichtigkeit der Probleme ist unter den heute gegebenen Voraussetzungen kaum mehr zu erwarten, daß sich die deutschen Katholiken wieder als einheitliche gesellschaftlich-politische Kraft formieren könnten. Es finden sich zwar noch Spuren der früheren Geschlossenheit bei führenden Schichten der Verbände und des organisierten Laienkatholizismus. Die deutschen Katholiken in ihrer Gesamtheit entsprechen jedoch diesem Bild nicht mehr. Ihr Meinungsspektrum deckt sich mit dem der Gesellschaft überhaupt. Das ist für die Überzeugungskraft des christlichen Glaubens kein Verlust. Denn auf diese Weise wird deutlich, daß die Kirche keine Partei ist und keine politischen Ziele verfolgt, sondern daß es ihre einzige Aufgabe ist, das Evangelium der Liebe und der Versöhnung zu bezeugen.

Wolfgang Seibel SJ